

**Janine Gaumer:**

## **Vom Protest zum Regierungshandeln - Der Atomkraftkonflikt in der Bundesrepublik seit den 1970er Jahren**

Wyhl, Brokdorf, Grohnde, Gorleben, Wackersdorf – wohl nur sehr wenigen Menschen waren diese Ortsnamen zu Beginn der siebziger Jahre ein Begriff. Warum auch sollten diese ländlichen Gemeinden, von denen die kleinste nur wenige hundert und die größte nicht einmal 5000 Einwohner besaß, von überregionaler Bedeutung sein? Niemand erwartete hier Ereignisse von gesellschaftspolitischer Bedeutung, über die in der Tagesschau berichtet wurde. Frankfurt, Berlin und einige andere Universitätsstädte hatten seit 1968 zunächst im Fokus gestanden. Einiges an diesen Verhältnissen sollte sich im Laufe der siebziger und achtziger Jahre ändern. Denn zu den wichtigsten Protestorten dieser Jahrzehnte gehörten eben diese vier kleinen Gemeinden, die nicht viel miteinander gemein hatten, außer dass sie alle in Randgebieten der Republik gelegen waren – und dass in ihrer unmittelbaren Nähe der Bau einer Kernkraftanlage geplant wurde. Wie die Proteste gegen die Atomenergie in den abgelegenen ländlichen Gebieten entstanden und welche Rolle der Konflikt in Wackersdorf in der historischen Entwicklung der Anti-Atomkraftbewegung einnahm, darum soll es im Folgenden gehen.<sup>1</sup>

### **Die Anti-Atomkraftbewegung vor Wackersdorf**

Um die Verwerfungen zu verstehen, die der Konflikt um die Atomkraft in den siebziger und achtziger Jahren in der Bundesrepublik verursachte, ist es wichtig zu betonen, dass es dabei nie nur um einen rein inhaltlichen Streit über den Einsatz der Kerntechnik für die Energieerzeugung ging. Vielmehr bildete er einen Anlass für eine noch abstraktere Auseinandersetzung und zwar darüber, wer über was in der westdeutschen Demokratie entscheiden durfte und wie sich die breite Bevölkerung dabei einbringen können sollte. Zwar hatte es auch schon in den fünfziger Jahren Protest in der Bundesrepublik gegeben: gegen Atomwaffen beispielsweise, gegen die sich ein breites Bündnis aus Gewerkschaften, Kirchen und vielen anderen gesellschaftlichen Gruppierungen zusammengefunden hatte. Dabei hatten die Demonstrantinnen und Demonstranten aber nicht in erster Linie eine Systemfrage aushandeln, sondern eine moralische Haltung gegenüber Massenvernichtungswaffen einnehmen wollen.<sup>2</sup> Bei den Protesten gegen die zivile Kernenergie seit Mitte der siebziger und später auch bei der Bewegung gegen den Nato-Doppelbeschluss in den frühen achtziger Jahren war dies anders. Die Träger dieser neuen Proteste waren andere als zuvor, da sich ganz neue Milieus ausgebildet hatten.<sup>3</sup> Durch die Bildungsexpansion der sechziger Jahre gab es mehr Studen-

tinnen und Studenten und in den darauf folgenden Jahren konsequenterweise auch mehr Menschen, die einen akademischen Bildungshintergrund vorweisen konnten.<sup>4</sup> Das neue gut gebildete alternative Milieu machte dabei einen wesentlichen Teil der neuen sozialen Bewegungen aus.<sup>5</sup> Gleichzeitig waren die Protestbündnisse aufgrund der Einbindung von Teilen des konservativen Milieus wesentlich breiter als zuvor. Es protestierten längst nicht nur links Gesinnte und revolutionär Eingestellte gegen den Bau von Atomkraftwerken, sondern auch Menschen, die sich selbst eigentlich als konservativ bezeichneten und den Unionsparteien nahe fühlten. Geändert hatten sich durch die Studentenbewegung auch die Protestformen. Demonstrationen liefen in den siebziger und achtziger Jahren wesentlich anders ab als noch Ende der fünfziger Jahre. Mit Sit-Ins, Blockaden und kreativen Aktionen etablierte sich eine ganz neue Palette an Protestpraktiken, mit denen die Aktivistinnen und Aktivisten ihre Meinung kundtun und in letzter Konsequenz auch eine Änderung der Politik herbeiführen wollten. Kurz gesagt ging es in diesen Konflikten der siebziger und achtziger Jahre neben der inhaltlichen Frage nach dem Einsatz der Kerntechnik immer auch um die Möglichkeiten der Partizipation von Bürgerinnen und Bürger in einem repräsentativ-parlamentarischen System. Erstmals ging es einer breiten Masse – und nicht nur Studentinnen und Studenten – darum, Politik aktiv mitzugestalten. Und erst mit dieser Entwicklung, in der viele Menschen das Bedürfnis ausbildeten, mitdenken und mitentscheiden zu wollen, wurden auch Fragen nach technologischen Risiken – wie das der Atomkraft – zu einem diskussionswürdigen gesellschaftlichen Problem.

Seit Mitte der sechziger Jahre waren Kernkraftwerke nicht mehr unumstritten. Zwar gab es noch keine Debatten in der breiten Öffentlichkeit – aber an der steigenden Zahl von Gerichtsverfahren gegen geplante Atomprojekte ließ sich ablesen, dass die Skepsis gegenüber dieser Technologie wuchs. Ein deutliches Zeichen gegen die Kernkraft, das erstmals in der gesamten Bundesrepublik auch als solches wahrgenommen wurde, setzten dann die Bauplatzbesetzerinnen und -besetzer 1975 im baden-württembergischen Wyhl. Eine gemischte Gruppe aus Studentinnen und Studenten aus nahegelegenen Städten sowie Bauern und Hausfrauen aus der Region hielten das für ein Kernkraftwerk vorgesehene Gebiet für ganze neun Monate besetzt.<sup>6</sup> Die Aktion sollte stilbildend für alle nachfolgenden Konflikte werden; an allen umkämpften Bauplätzen versuchten die Atomkraftgegner seither, die Bauarbeiten durch eine Besetzung zu verzögern. Erfolg hatte allerdings keine dieser Aktionen – auch



in Wyhl sollte man der Besetzung nicht ein zu hohes Gewicht einräumen. Letztlich war es ein Gerichtsurteil, das die weiteren Bauarbeiten so lange behinderte, bis Politik und Energiewirtschaft kein Interesse mehr an dem Projekt zeigten. Symbolisch aber war die Wyhler Platzbesetzung ein voller Erfolg, auch deshalb, weil sie von Seiten der Demonstrantinnen und Demonstranten weitestgehend gewaltlos vorgenommen wurde. Dies sollte sich in den ab 1976/77 schärfer werdenden Konflikten in Brokdorf (Schleswig-Holstein) und Grohnde (Niedersachsen) ändern. Nachdem sich linksradikale Gruppierungen der Bewegung gegen die Atomenergie angeschlossen hatten, fanden auch militantere Protestmittel Anwendung – und umgekehrt ging auch der Staat mit hochgerüsteten Polizeieinheiten aggressiv gegen die Demonstrantinnen und Demonstranten vor. Die Gewalttätigkeiten von beiden Seiten überlagerte das Öfteren das eigentliche Thema der Debatte: Das Risiko durch die Kerntechnik und die Frage nach einer sicheren Energieversorgung.

Ein neues Kapitel der Anti-Atomkraftbewegung wurde aufgeschlagen, als die Proteste gegen die Wiederaufarbeitungsanlage und das Entsorgungszentrum im niedersächsischen Gorleben begannen. Ende der siebziger Jahre gelangte diese kleine Gemeinde zu ihrer bis heute andauernden Berühmtheit. Bereits seit einigen Jahren war dort die Lösung für das immer dringlicher werdende Problem des Atommülls geplant: Das Nukleare Entsorgungszentrum, ein lange durchdachtes und von der internationalen Kernenergie-Community vielgelobtes Konzept für den Umgang der hochgradig radioaktiven Reststoffe.<sup>7</sup> Die verbrauchten Brennstäbe sollten für einige Jahre gelagert, dann das noch nutzbare Uran und Plutonium in einer Wiederaufarbeitungsanlage isoliert werden und erneut in Reaktoren zum Einsatz kommen. Der nicht verwertbare Rest sollte im direkt benachbarten Endlager verstaut werden. Auf diese Weise würden keine unnötigen Transporte von radioaktivem Material stattfinden müssen, so das Kalkül dieses Plans. Die Planungen für dieses Nukleare Entsorgungszentrum wurden in Gorleben jedoch bitter von Anwohnerinnen und Anwohnern sowie Atomkraftgegnerinnen und -gegnern aus der ganzen Republik bekämpft. Dieser Konflikt hatte einen anderen Stellenwert als die anderen zuvor: Bei den Plänen für eine Wiederaufarbeitungsanlage ging es nicht nur um den Bau eines einzelnen Reaktors, sondern um eine technisch-strategische Zukunftsentscheidung für die weitere Nutzung der Kernenergie in der Bundesrepublik.

Als die Proteste gegen das Projekt im Frühjahr 1979 immer stärker wurden, rief Ministerpräsident Ernst Albrecht (CDU) das berühmt gewordene Gorleben-Hearing ins Leben – ein bislang einmaliger Vorgang bei der Planung eines Atomprojektes. In einer einwöchigen Experten-

runde wurden sowohl Befürworter als auch Gegner gehört. Einen Monat danach erteilte Albrecht dem Projekt Wiederaufarbeitungsanlage in einer berühmt gewordenen Regierungserklärung eine Absage. Technisch machbar, aber politisch nicht durchsetzbar – mit dieser Formel fassten zeitgenössische Beobachterinnen und Beobachter seine Begründung zusammen.<sup>8</sup> Nach dem Baustopp in Wyhl zwei Jahre zuvor war dies der zweite große Erfolg der Atomkraftgegnerinnen und -gegner. Allerdings war es kein Erfolg von Dauer für die Region um Gorleben. Denn ein Jahr nach der Entscheidung Albrechts gegen die Wiederaufarbeitungsanlage wurden Bohrungen zur Erkundung des Salzstockes durchgeführt, um trotz veränderter WAA dennoch das atomare Endlager einrichten zu können. Das von Atomkraftgegnern aus der ganzen Bundesrepublik errichtete Hüttendorf, das die Aktivistinnen und Aktivisten die „Republik Freies Wendland“ nannten, ging zwar als die spektakulärste Protestaktion in die Geschichte der Anti-Atomkraftbewegung ein – der Konflikt um das Endlager im Gorlebener Salzstock dauert jedoch bis heute an.

### **Wackersdorf – Die achtziger Jahre als Wendejahrzehnt**

Politisch hatte das Projekt Wiederaufarbeitung nach den Querelen in Gorleben einiges an Faszination eingebüßt. Die direkte Endlagerung – ohne vorherige Abtrennung des noch nutzbaren Urans und Plutoniums – wurde in der Öffentlichkeit als möglicherweise sicherere und günstigere Alternative diskutiert. Der Bau einer Wiederaufarbeitungsanlage in der Bundesrepublik schien längst nicht mehr so wahrscheinlich, wie Politik und Wirtschaft es sich wenige Jahre zuvor noch gedacht hatten. In dieser Situation sah der bayerische Ministerpräsident Franz Josef Strauß die Notwendigkeit zum Handeln gekommen. In einer Regierungserklärung von Dezember 1980 kündigt er an, dass in Bayern ein Standort für eine Wiederaufarbeitungsanlage gefunden werden sollte. Für Strauß gab es zur Wiederaufarbeitung keine Alternative: Die Kerntechnik war für ihn eine Zukunftstechnologie, die Risiken hielt er für beherrschbar. Im bald auserkorenen oberpfälzischen Wackersdorf rief die mittlerweile argumentativ gefestigte Kritik an der Kernenergie jedoch entgegen den Erwartungen der alleinregierenden CSU Proteste von ungeahntem Ausmaß hervor. Obwohl viele Gemeinsamkeiten festzustellen sind, unterschied sich dieser Konflikt in der bayerischen Oberpfalz in einigen Faktoren von den vorhergehenden in Wyhl, Brokdorf, Grohnde und Gorleben, die die achtziger Jahre zu einer entscheidenden Phase in der Veränderung der gesellschaftlichen Bewertung der Kernenergie machten:



## 1. Der Aufstieg der Grünen:

Nachdem sich die Grünen 1979/80 aus der Umweltbewegung heraus als Partei gegründet hatten, zogen sie in den achtziger Jahren allmählich in die Parlamente ein; in Bayern zunächst auf kommunaler und Bezirksebene und schließlich 1986 auch in den bayerischen Landtag. Wichtige WAA-Gegner wie beispielsweise der Chemieprofessor Armin Weiß waren Mitglieder dieser ersten grünen Landtagsfraktion, die den Konflikt in Wackersdorf fortan als offiziell anerkannte Opposition gegen die CSU begleiten konnte. 1983 waren die Grünen bereits in den deutschen Bundestag eingezogen. Die Kritik an der Atomkraft hatte damit den Weg in die offiziellen Kanäle des politischen Systems gefunden. Die westdeutsche Umweltbewegung fuhr daher in den achtziger Jahren zweigleisig: Neben der neuen Präsenz auf der großen Bühne der Politik liefen auch die außerparlamentarischen Protestformen von Demonstrationen und Blockaden weiter – nicht nur in Wackersdorf, sondern auch an anderen Brennpunkten des Umweltprotests: im niedersächsischen Gorleben bei der beginnenden Installation eines zentralen Atommülllagers, in Schleswig-Holstein beim langwierigen Bau des Kernreaktors in Brokdorf und – abseits des Themas Atomkraft – im hessischen Frankfurt bei der Flughafenerweiterung um die Startbahn West sowie den dezentralen Protesten gegen das „Waldsterben“. Die Kombination aus den Protestanliegen und dem neuen Politikstil der Umweltaktivistinnen und -aktivisten sowie den etablierten politischen Strukturen brachte im Laufe der achtziger Jahre ein auf Dauer verändertes Parteiensystem und veränderte Ansprüche an die Politik hervor.

## 2. Der allmähliche Umschwung in der SPD:

Die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten waren bezüglich ihrer Haltung zur Atomenergie programmatisch in einer etwas misslichen Lage. Ihre positive Haltung gegenüber der deutschen Kohle und die enge Verbindung zu den Gewerkschaften ließen ihnen in ihrer Haltung zur Atomenergie nur bedingt freien Raum. Dies lag vor allem am sogenannten Jahrhundertvertrag, der eine enge Kopplung vom Einsatz der Kernkraft und der Förderung deutscher Steinkohle vorsah. Der „Jahrhundertvertrag“ aus dem Jahr 1977 bestand im Wesentlichen aus der Vereinbarung, dass ein verbindlicher Teil der Elektrizität aus deutscher Steinkohle produziert werden sollte. Der Ausbau der Kernenergie, die als günstige Alternative galt, würde im Gegenzug die vergleichsweise hohen Kosten des heimischen Energieträgers ausgleichen. Dieser Konsens zwischen Energieversorgungsunternehmen und Gewerkschaften sollte die Arbeitsplätze in der krisengebeutelten Steinkohleindustrie sichern und gleichzeitig den Ausbau der Kernenergie legitimieren.<sup>9</sup> Die SPD als politischer Repräsentant der Arbeiterschaft konnte sich dieser Logik lange nicht entziehen. Gleichzeitig aber wurde die Kritik an der Kernkraft

innerhalb der Partei mit den Jahren immer lauter. Als treibende Kraft erwiesen sich dabei einige herausragende Einzelpersönlichkeiten wie beispielsweise Erhard Eppler, der auf Bundesebene zum prominentesten sozialdemokratischen Atomkraftgegner wurde, und der SPD-Landrat von Schwandorf Hans Schuierer, der im Wackersdorfer Konflikt eine wichtige Rolle als regionalpolitische Identifikationsfigur spielte, sowie die Jusos, die der Anti-Atomkraftbewegung bereits frühzeitig näher standen als ihre Mutterpartei. Nachdem die SPD 1982 in die Opposition gehen musste und damit einer der größten Atomkraftbefürworter, der vormalige Bundeskanzler Helmut Schmidt, seine richtungsweisende Kompetenz innerhalb Partei verloren hatte, setzte sich nach vielen Jahren des Lavierens in der Kernkraftfrage mit dem Reaktorunfall in Tschernobyl schließlich die kritische Haltung weitestgehend durch. Von nun an war klar, dass eine sozialdemokratische Bundesregierung auch eine Veränderung der Atompolitik mit sich bringen würde.

## 3. Der Reaktorunfall in Tschernobyl

Im April 1986 explodierte im sowjetischen Tschernobyl ein Reaktorblock des dort gelegenen Kernkraftwerks. Dieser GAU gab den Debatten um das Risiko der Kerntechnik eine neue Dimension und Dringlichkeit, weil erstmals eintrat, was bis dahin als rechnerisch höchst unwahrscheinlich galt. Die gesellschaftliche Spaltung, die sich entlang der Kernkraftfrage gebildet hatte, trat nun besonders grell ans Licht. Durch den Unfall in Tschernobyl und seine Auswirkungen auf weite Teile Ost- und Mitteleuropas sahen sich die Umweltaktivistinnen und -aktivisten in ihren schlimmsten Befürchtungen bestätigt. Die in den achtziger Jahren weit verbreiteten Katastrophenvorstellungen, die sich in Ängsten vor einem Atomkrieg oder eben einem Unfall in einem Kernkraftwerk äußerten, schienen von der Realität eingeholt zu werden. Für Politiker wie Franz Josef Strauß und Helmut Kohl sowie die meisten in der CDU/CSU wiederum war das Unglück in erster Linie ein durch das sozialistische System verursachtes, das keinerlei Aussagekraft über die Kernenergie im Allgemeinen besaß. In Wackersdorf platzte der GAU mitten in die ohnehin schon erhitzte Auseinandersetzung am Bauzaun und gab ihr für eine gewisse Zeit noch einmal erhöhte Aufmerksamkeit und sicherlich auch Zulauf an neuen Atomkraftgegnerinnen und -gegnern. Dennoch dauerte es noch weitere drei Jahre, bis das Projekt WAA eingestellt wurde – und weitere 15 Jahre, bis es tatsächlich eine grundlegende Änderung der bisherigen deutschen Atompolitik gab.

Die achtziger Jahre waren aus all diesen Gründen ein Wendejahrzehnt in Sachen Atomkraft – jedoch brauchten die Konsequenzen aus dieser Wende, die in bis dahin unbedeutenden



kleinen Gemeinden im ländlichen Raum ihren Ausgangspunkt nahmen, noch einige Zeit, um sich endgültig durchzusetzen.

### **Atompolitik nach dem Ende der WAA**

Als die deutsche Energieindustrie im Mai 1989 schließlich die Baustelle in Wackersdorf schloss und Pläne für eine deutsche Wiederaufarbeitungsanlage zu den Akten legte, erreichte sie damit auch eine vorläufige Befriedung des Streits um die Atomkraft. In den Diskursen um die Sicherheit von Atomanlagen, die seit Tschernobyl geführt worden waren, hatte sich die Sprachregelung von der Atomenergie als „Übergangslösung“ durchgesetzt. Damit war zumindest rhetorisch das langfristige Ende der Atomenergie in Deutschland besiegelt. Von einer Zukunftstechnologie war seither nur noch sehr selten die Rede. Allein über die konkrete Ausgestaltung einer langfristigen Energieversorgung ohne Kerntechnik herrschte keine Einigkeit und es war klar, dass es einen Politikwechsel in der Bundesregierung brauchen würde, um einen Ausstieg auch wirklich durchzusetzen. Als 1998 SPD und Grüne die CDU/FDP-Koalition ablösten, war die Zeit für konkrete Veränderungen gekommen. Der von der neuen Regierung beschlossene Ausstieg erschien manchem Atomkraftgegner und mancher Atomkraftgegnerin der ersten Stunde jedoch wie ein fauler Kompromiss: Ganze 32 Jahre sollte jedes Atomkraftwerk seit Betriebsbeginn laufen dürfen. Einen schnellen Ausstieg hatten sich viele anders vorgestellt – insbesondere jene Grüne, die sich nach dem Unfall in Tschernobyl in ihrer Forderung nach einer sofortigen Stilllegung aller Kernkraftwerke bestätigt gesehen hatten. Mit ihrem Ausstiegsbeschluss setzte die rot-grüne Bundesregierung jedoch genau die Übergangszeit fest, die bereits Ende der achtziger Jahre von Gewerkschaften und Energiewirtschaft diskutiert und angestrebt worden war.<sup>10</sup>

Integraler Bestandteil der von rot-grün beschlossenen Änderung des Atomgesetzes war auch das Verbot der Wiederaufarbeitung und die damit einhergehende Fokussierung auf die direkte Endlagerung. Seit 2005 werden keine radioaktiven Abfälle mehr in die französische WAA in La Hague transportiert, um dort wiederaufgearbeitet zu werden. Allerdings wurden bis einschließlich 2011 die Reste der bereits vor diesem Stichtag behandelten Abfälle in den sogenannten Castor-Transporten ins zentrale Zwischenlager nach Gorleben gebracht. Die Behinderung der Castoren war seit Mitte der neunziger Jahre das letzte verbliebene Aktionsfeld der Anti-Atomkraftbewegung. Erstaunlicherweise wurden die Züge nach Gorleben stärker bekämpft und standen mehr in der Öffentlichkeit, als diejenigen, die zuvor von den deutschen Kernkraftwerken nach Frankreich gerollt waren. Auf diese Weise blieben die Blockadeversuche in erster Linie Symbol- statt tatsächlich versuchte Verhinderungspolitik.

Hohe Aufmerksamkeit und Teilnehmerzahlen von mehreren zehntausend Menschen erreichten die Behinderungsaktionen erst wieder im Jahr 2010, nachdem die schwarz-gelbe Bundesregierung eine Laufzeitverlängerung für die deutschen Kernkraftwerke beschlossen hatte.<sup>11</sup> Sowohl die Union als auch die FDP waren mit dem Vorhaben einer Abkehr vom ursprünglichen Ausstiegsbeschluss in den Bundestagswahlkampf 2009 gezogen. Ähnlich wie schon bei der Bundestagswahl Anfang 1987 nach Tschernobyl, als CDU/CSU trotz ihrer weiterhin geäußerten positiven Einstellung zur Kernenergie wieder stärkste Kraft wurden, zeigte sich auch über zwanzig Jahre später, dass das Thema Atomenergie für sich allein nicht wahlentscheidend war – die Mehrheit von CDU/CSU und FDP war trotz der klar formulierten Pläne für längere Laufzeiten zustande gekommen, obwohl zur selben Zeit eine deutliche Mehrheit der Deutschen den Atomausstieg befürwortete.<sup>12</sup> Als die Bundesregierung ein gutes Jahr später ihren „Ausstieg vom Ausstieg“<sup>13</sup> verkündete, der den Neubau von Atomkraftwerken zwar weiterhin untersagte, die bestehenden Kraftwerke aber bis zu 15 Jahre länger laufen lassen wollte, sorgte dies für die größten Anti-Atom-Proteste seit den achtziger Jahren. Etwa 120.000 Menschen bildeten eine Menschenkette zwischen dem AKW Brunsbüttel im Norden und dem AKW Krümmel im Westen der Republik.<sup>14</sup> In Bayern waren es auch die alten Netzwerke aus Wackersdorfer Zeiten, die dafür sorgten, dass sich der Protest so schnell und effizient organisieren ließ.<sup>15</sup>

Erfolgreich waren die erneuten Demonstrationen aber erst nach der zweiten großen weltweit beachteten Katastrophe in einem Kernkraftwerk. Der Tsunami, der im März 2011 Teile der japanischen Ostküste überrollte, fegte nicht nur sämtliche Sicherheitsvorkehrungen eines Atomreaktors in Fukushima hinweg, sondern ließ auch die Gewissheiten von Bundeskanzlerin Angela Merkel über die Notwendigkeit der Kernenergie für die Energieversorgung der Bundesrepublik erodieren. Konfrontiert mit erneuten massenhaften Protesten und einer an die Grünen verlorenen Landtagswahl in Baden-Württemberg, ließ sie nur wenige Monate nach der beschlossenen Laufzeitverlängerung verkünden: „Fukushima hat meine Haltung zur Kernenergie verändert.“<sup>16</sup> Die bereits wenige Tage nach der Katastrophe aufgrund des von der Bundesregierung verkündeten „Moratoriums“ abgeschalteten ältesten Meiler gingen nicht wieder ans Netz, für alle anderen wurden die ursprünglich von rot-grün festgelegten Ausstiegsziele wieder in Kraft gesetzt. Wie viele Schleifen die deutsche Energiepolitik bis zur Stilllegung des letzten Atomkraftwerks noch drehen wird, wagt wohl niemand vorherzusehen.



<sup>1</sup> Eine vollständige Darstellung des Konflikts in Wackersdorf oder gar der Geschichte der Anti-Atomkraftbewegung insgesamt kann in der hier gebotenen Kürze nicht gelingen. Ich verweise dazu auf meine Dissertation: Janine Gaumer: Wackersdorf. Atomkraft und Demokratie in der Bundesrepublik 1980-1989, erscheint voraussichtlich im Juli 2018 im Oekom verlag.

<sup>2</sup> Vgl. Holger Nehring: Die nachgeholte Stunde Null. Intellektuelle Debatten um die Atombewaffnung der Bundeswehr 1958-1960, in: Dominik Geppert / Jens Hacke (Hrsg.): Streit um den Staat. Intellektuelle Debatten in der Bundesrepublik 1960-1980, Göttingen 2008, S. 229-250.

<sup>3</sup> Vgl. z. B. Jens Ivo Engels: Naturpolitik in der Bundesrepublik. Ideenwelt und politische Verhaltensstile in Naturschutz und Umweltbewegung 1950 – 1980, Paderborn 2006; Sven Reichardt: Authentizität und Gemeinschaft. Linksalternatives Leben in den siebziger und frühen achtziger Jahren, Berlin 2014.

<sup>4</sup> Vgl. zu diesem sowie weiteren Aspekten des politischen Verhaltens Dieter Grunow / Hildegard Pamme: Kommunale Verwaltung: Gestaltungsspielräume und Ausbau von Partizipationschancen?, in: Matthias Frese / Julia Paulus / Karl Teppe (Hrsg.): Demokratisierung und gesellschaftlicher Aufbruch. Die sechziger Jahre als Wendezeit der Bundesrepublik, Paderborn 2005, S. 505-528, hier S. 508-510.

<sup>5</sup> Vgl. z. B. Reichardt: Authentizität (wie Anm. 3), S. 40f; Dieter Rucht: Linksalternatives Milieu und neue soziale Bewegungen. Selbstverständnis und gesellschaftlicher Kontext, in: Cordia Baumann / Sebastian Gehrig / Nicolas Büchse (Hrsg.): Linksalternative Milieus und Neue Soziale Bewegungen in den 1970er Jahren, Heidelberg 2011, S. 35-59, hier S. 40.

<sup>6</sup> Vgl. dazu Stephen Milder: Greening Democracy: The Anti-Nuclear Movement and Political Environmentalism in West Germany and Beyond, 1968-1983, Cambridge 2017.

<sup>7</sup> Vgl. Anselm Tiggemann: Die „Achillesferse“ der Kernenergie in Deutschland. Zur Kernenergiekontroverse und Geschichte der Entsorgung von den Anfängen bis Gorleben 1955 bis 1985, Lauf an der Pegnitz 2004, S. 304.

<sup>8</sup> Vgl. z. B. Bonns Entsorgungskonzept offenbar gescheitert, in: FAZ, 16.5.1979, S. 1. Der Satz fällt in dieser Form nicht, fasst Albrechts Regierungserklärung aber recht treffend zusammen, vgl. Regierungserklärung von Ministerpräsident Dr. Ernst Albrecht vom 16. Mai 1979, abgedruckt in Albert Günter Herrmann: Radioaktive Abfälle. Probleme und Verantwortung, Berlin/Heidelberg/New York 1983, S. 209-214.

<sup>9</sup> Vgl. Hendrik Ehrhardt: Stromkonflikte. Selbstverständnis und strategisches Handeln der Stromwirtschaft zwischen Politik, Industrie, Umwelt und Öffentlichkeit (1970–1989), Stuttgart 2017.

<sup>10</sup> Vgl. dazu Gaumer: Wackersdorf (wie Anm. 1).

<sup>11</sup> Vgl. Johannes Korge: Wut-Schottern im Wendland, in: Spiegel Online, 24.11.2011.

<sup>12</sup> Vgl. Umfrage: Mehrheit lehnt Atomkraft ab, in: Focus Online, 24.4.2009.

<sup>13</sup> Vgl. Marc Brost/Fritz Vorholz: Einfach mal abschalten, in: Die Zeit, 11.2.2010.

<sup>14</sup> Vgl. Kettenreaktion gegen Atomkraft, in: Zeit Online, 24.4.2010.

<sup>15</sup> Vgl. Siegfried Benker: „Aufruhr und Widerstand – es gibt kein ruhiges Hinterland“. München und der Widerstand gegen die WAA Wackersdorf, in: Zara S. Pfeiffer (Hrsg.): Auf den Barrikaden. Proteste in München seit 1945, München 2011, S. 137-150, hier S. 148.

<sup>16</sup> Zitiert nach Michael König: Was Deutschland aus dem Atomausstieg lernen kann, in: Süddeutsche Zeitung, 16.6.2011.

